

Verkehr

Unrealistische Wünsche

Der Bund wird auch in den kommenden 15 Jahren nur einen Bruchteil aller erforderlichen Verkehrsprojekte umsetzen können. Das geht aus der konsolidierten Liste des Bundesverkehrsministeriums hervor, in der alle Anmeldun-

gen für den nächsten Bundesverkehrswegeplan aufgeführt sind. Demnach fordern allein die Bundesländer bis 2030 die Umsetzung von mehr als 1650 Straßenbauvorhaben. Spitzenreiter ist Bayern, der Freistaat schlägt fast 340 Projekte vor. Im Schienenverkehr sollen deutschlandweit rund 400 Aus- und Neubauvorhaben Realität werden.

Der nächste Bundesverkehrswegeplan, der 2016 in Kraft treten soll, bildet den Investitionsrahmen für die wichtigsten Infrastrukturprojekte bis 2030. Allerdings ist das Instrument chronisch unterfinanziert. Vom laufenden Verkehrswegeplan, der immerhin einen Umfang von rund 150 Milliarden Euro hat, wurde bislang gerade einmal

die Hälfte der Vorhaben umgesetzt. Nun fordert SPD-Fraktionsvize Sören Bartol ein Umdenken: „Es bringt nichts, wenn wir einen Plan mit Verkehrsprojekten aufstellen, der nicht realistisch finanzierbar ist.“ Bartol kündigt an, dass „Projekte, die für die Bürger den höchsten Nutzen haben, Priorität haben werden“. bö

Lufthansa

Schlichtung light

Nach dem dreitägigen Streik der Lufthansa-Piloten Anfang April droht vorerst kein erneuter Ausstand. Grund: In die Gespräche um höhere Gehälter und den avisierten Umbau der Übergangsversorgung für die rund 5400 Cockpitmitarbeiter ist offenbar Bewegung gekommen. Das geht aus einer internen Information der Pilotenvereinigung Cockpit (VC) an ihre Mitglieder hervor. Demnach wurde auf Anregung von Lufthansa-Personalchefin Bettina Volken vor einigen Wochen ein Mediator hinzugezogen. Er soll den Delegationen bei der Kompromissuche helfen und verhindern, dass erneut ein externer Schlichter den Konflikt lösen muss. Die ersten Erfahrungen mit dem Spezialisten für „lösungsorientierte, interessenbasierte Verhandlungsführung“ sind offenbar positiv. Mit seiner Hilfe, schwärmen die sonst eher kritischen VC-Funktionäre in ihrer Mitarbeiter-Info, sei „ein ermutigender Neuanfang gelungen“. Gemeinsam wolle man sich nun „auf den Weg machen, um „konstruktiv eine Lösung“ zu finden. did

Krankenkassen

Wechsel wird teurer

Gesetzlich Versicherte werden es künftig ein wenig schwerer haben, ihre Krankenkasse zu wechseln, falls diese höhere Zusatzbeiträge ankündigt. Bislang können sie ihre Mitgliedschaft zum ersten Tag jenes Monats kündigen, an dem die höheren Abgaben fällig werden. Künftig soll das erst zum Monatsende möglich sein. Außerdem müssen die Versicherten während der Zeit bis zum Wechsel die höheren Zusatzbeiträge tatsächlich zahlen, bislang waren sie nach einer Kündigung davon befreit. Diese „Nichtzahlungsklausel“ wird gestrichen. Das geht aus dem überarbeiteten Gesetzentwurf des Bundesgesundheitsministeriums zur Kassenfinanzreform hervor. Zur Begründung heißt es, so werde ein „nicht vertretbarer Verwaltungsaufwand“ vermieden. Entgegenkommen könnte die Koalition Versicherten aber bei der Frage, zu welcher günstigeren Kasse sich ein Wechsel lohnt. So wird derzeit erwogen, eine Website einrichten zu lassen, die die Beitragssätze aller Versicherungen auflistet. cos



Agrarspekulationen

Deutsche Bank knickt ein

Die Deutsche Bank lenkt in der umstrittenen Frage der Agrarspekulationen ein. Künftig will das größte deutsche Geldinstitut sicherstellen, dass neue Finanzprodukte „nicht das Entstehen von Preisspitzen begünstigen“, kündigt die Bank in einem Positionspapier an. So sollen keine Fonds mehr angeboten werden, die auf sogenannten Momentumstrategien beruhen, die also auf kurzfristige Preistrends bei Agrarrohstoffen setzen und damit tendenziell die Notierungen weiter nach oben treiben. Die Bank geht damit einen Schritt auf ihre Kritiker zu, die seit Langem den Rückzug aus diesen Geschäften fordern, weil sie möglicherweise Lebensmittel verteuern. Bisher hatte die Deutsche Bank einen Zusammenhang zwischen Rohstoffspekulationen und Hunger in der Welt stets bestritten. Die Verbraucherorganisation Foodwatch wertet die neue Strategie deshalb als „erstes Eingeständnis“, fordert aber einen kompletten Stopp der Agrarinvestitionen statt eines „Mini-Teil-Ausstiegs“. Kritiker aus der Entwicklungsorganisation Oxfam weisen darauf hin, dass einer der größten Fonds der Bank, der 733 Millionen Dollar schwere DWS Enhanced Commodity Strategy Fund, auf Momentumstrategien bei Agrarrohstoffen setzt. nck

Fußnote

14590 Fußgänger

frequenzieren pro Stunde die Kölner Schildergasse, gemessen wurde das an einem Samstagmittag Ende März. Damit ist sie laut einer Statistik der Maklerfirma Jones Lang LaSalle die belebteste Einkaufsstraße Deutschlands, gefolgt von der Hohen Straße, ebenfalls in Köln, und der Königstraße in Stuttgart. red

FOTO: BILD13 / IMAGO